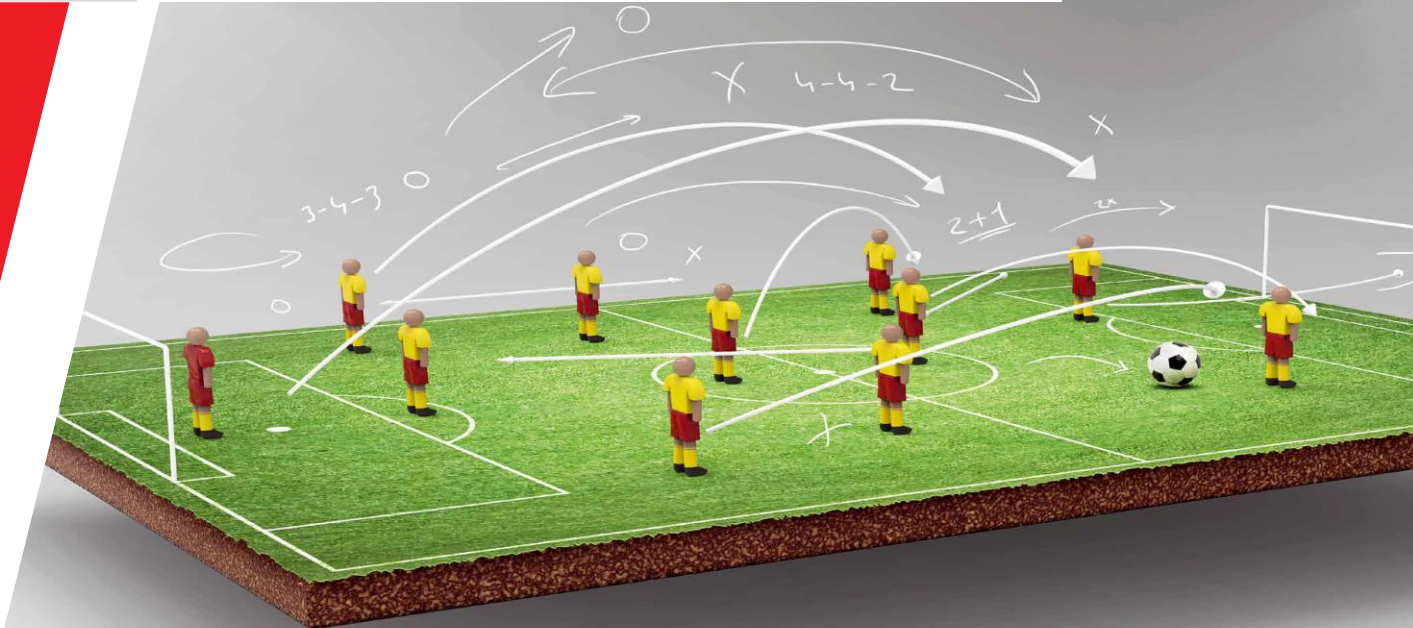


// INFOBLATT WEITERBILDUNG • März 2020 //



+ Weiterbildungsstrategie + Reform der Weiterbildungsfinanzierung + Tagung Politische Bildung +

Nationale Weiterbildungsstrategie in der Umsetzung

// Nach der Vorstellung der Nationalen Weiterbildungsstrategie im vergangenen Sommer steht nun der Prozess der Umsetzung an, in der mehrere DGB-Gewerkschaften einschließlich der GEW eine bedeutende Rolle tragen.//



Mitte Juni 2019 wurde das [Strategiepapier der Nationalen Weiterbildungsstrategie](#) (NWS) veröffentlicht. Dem war ein mehrmonatiger Aushandlungsprozess der beteiligten „Akteure“ (s. Grafik S. 2) vorausgegangen.

Die nebenstehende Tabelle gibt die inhaltliche Gliederung der „Weiterbildungsstrategie“ wieder; entlang der einzelnen Punkte haben die NWS-Partner über 50 „Commitments“ zur Zielerreichung vereinbart. So lautet ein „Commitment“ zum Punkt 9 (Das Personal in der Weiterbildung ...): „*Bund und Länder prüfen die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen der Erwerbstätigen in der öffentlich finanzierten beruflichen Weiterbildung. Die Sozialpartner werden mit einbezogen.*“ Hier wirken die Gewerkschaften GEW und ver.di mit; eine Auftaktveranstaltung hat bereits stattgefunden. Neben der o.g. AG Personal in der Weiterbildung hat die NWS vier sogenannte Themenlabore eingerichtet, in denen die Akteure nach einer Analyse der Problemlagen mögliche Handlungsempfehlungen erarbeiten können:

- Alphabetisierung und Grundkompetenzen
- Strategische Vorausschau und Analyseinstrumente
- Qualitätssicherung in der beruflichen Weiterbildung
- Beratungsstrukturen in der Weiterbildung

I.	Ausgangssituation und weiterbildungspolitische Herausforderungen
II.	Handlungsziele
II.1.	Die Transparenz von Weiterbildungsmöglichkeiten und -angeboten unterstützen
II.2.	Förderlücken schließen, neue Anreize setzen, bestehende Fördersysteme anpassen
II.3.	Lebensbegleitende Weiterbildungsberatung flächendeckend vernetzen und Qualifizierungsberatung insbesondere für KMU stärken
II.4.	Die Verantwortung der Sozialpartner stärken
II.5.	Die Qualität und Qualitätsbewertung von Weiterbildungsangeboten überprüfen und stärken
II.6.	Erworbene Kompetenzen von Arbeitnehmern/innen in der beruflichen Bildung sichtbar machen und anerkennen
II.7.	Fortbildungsabschlüsse und Weiterbildungsangebote entwickeln
II.8.	Bildungseinrichtungen als Kompetenzzentren für berufliche Weiterbildung strategisch weiterentwickeln
II.9.	Das Personal in der Weiterbildung stärken und für den digitalen Wandel qualifizieren
II.10.	Die strategische Vorausschau stärken und die Weiterbildungsstatistik optimieren
III.	Prozess zur Umsetzung der Nationalen Weiterbildungsstrategie



Gemäß dem ambitionierten Zeitplan strebt die NWS für das Frühjahr 2021 ein Umsetzungspapier an.

Die GEW ist in dem Umsetzungsprozess beteiligt und bringt ihre Expertise zur Verbesserung der Bedingungen der Lehrenden und Lernenden ein.

Mit der jüngsten [Herbstakademie](#) hatte die GEW der NWS in Kooperation mit der Goethe-Universität Frankfurt/M. und der Justus-Liebig-Universität Gießen der NWS eine eigene Großveranstaltung „Gute Arbeit in der Erwachsenenbildung - Gewerkschaftliche Anforderungen an die Nationale Weiterbildungsstrategie“ gewidmet.

Service: GEW-Mitglieder können bei Interesse um Zusendung der Dokumentation der Herbstakademie „Gute Arbeit in der Erwachsenenbildung - Gewerkschaftliche Anforderungen an die Nationale Weiterbildungsstrategie“ bei Brigitte.Kramer@gew.de bitten.

Studie der Hans-Böckler-Stiftung

Finanzierung der Weiterbildung muss modernisiert werden

Die Finanzierung der Weiterbildung sollte laut einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung modernisiert und ausgebaut werden.

Frankreich hat Bildungskonten eingeführt, Österreich finanziert eine Bildungsteilzeit und vergibt Fachkräftestipendien, Schweden hat seit langem ein BAföG-System für Erwachsene. Wie es um die Finanzierung von Weiterbildung in Deutschland bestellt ist, hat die Hans-Böckler-Stiftung in einer [Studie](#) untersucht. Darin bilanziert der Arbeitssoziologe Gerhard Bosch, Senior-Professor am Institut Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen: „Mit dem BAföG und der Arbeitsmarktpolitik hat Deutschland schon gute Systeme, an die sich gut anknüpfen lässt. Allerdings müssen diese deutlich modernisiert und ausgebaut werden.“

Mehr Weiterbildung ist dem Experten zufolge unerlässlich, damit Beschäftigte den Anschluss an die

technologische Entwicklung nicht verlieren, Migrantinnen und Migranten sich in den Arbeitsmarkt integrieren können und die Arbeitslosigkeit Geringqualifizierter nicht weiter ansteigt. Allerdings wäre es wenig sinnvoll, die bestehenden Strukturen durch gänzlich neue zu ersetzen oder mit zusätzlichen Instrumenten ein undurchsichtiges Fördersystem zu schaffen. Vielmehr ließen sich die bereits bestehenden Institutionen „mit einer überschaubaren Anzahl von Stellschrauben zu einem schlüssigen öffentlichen Fördersystem für lebenslanges Lernen ausbauen“.

Konkret schlägt Bosch acht Maßnahmen vor:

- BAföG sollten wie in Schweden auch Ältere beziehen können. Die bisherigen Altersgrenzen von – je nach Art der Förderung – 30 beziehungsweise 35 Jahren sollten aufgehoben werden. Älteren sollten höhere, ihren Lebensumständen angemessene Fördersätze gezahlt werden.
- Die Anerkennung ausländischer Abschlüsse und informell erworbener Kenntnisse sollte erleichtert werden.
- Eine zweite Berufsausbildung sollte allen offenstehen, die ihren ersten Beruf nicht mehr ausüben können.
- Ein Rechtsanspruch auf Teilfreistellung für Fortbildungszwecke sollte eingeführt werden.
- Fachkräftestipendien sollten in Mangelberufen vergeben werden – nach österreichischem Vorbild.
- Arbeitslose, die sich weiterbilden, sollten besser finanziell gefördert werden. Sogenannte lernentwöhnte Langzeitarbeitslose sollten länger gefördert werden.
- Ein Transformationskurzarbeitergeld zur Bewältigung des Strukturwandels sollte eingeführt werden.
- Arbeitgeber, die befristet Beschäftigte oder Leiharbeiter einstellen, sollten höhere Arbeitslosenversicherungsbeiträge zahlen.

VERANSTALTUNGSHINWEIS:

Wichtiger denn je:

Politische Bildung und Professionalisierung

//GEW-Bundestagung am 18./19. Juni in Schwerin//

Wie steht es um den im Grundgesetz verankerten Erziehungs- und Bildungsauftrag an den Beruflichen Schulen?

Reicht die Einführung der „Nationalen Weiterbildungsstrategie“ auf die berufliche Bildung aus, um gesellschaftliche Krisen zu bewältigen?

Was bedeutet dies für die Profession der Lehrkräfte?

Programm und Anmeldungen bis 31.03. unter [GEW.de/Veranstaltungen](https://www.gew.de/veranstaltungen)